

**Haushaltsrede 2014
des Fraktionsvorsitzenden Rainer Schönberg
Stadtratssitzung am 28.11.13
- Es gilt das gesprochene Wort -**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich vorab der Verwaltung und dem Kämmerer, Herrn Bürgermeister Weber, dafür danken, dass die Haushaltsverhandlungen für das Jahr 2014 penibel vorbereitet waren und auch zügig durchgeführt werden konnten. Besonders hervorheben möchte ich hierbei die Schnelligkeit der Kämmerei, die eine Vielzahl von Ergänzungen, hin- und hergeschobenen Teilbeträgen und neuen Haushaltsansätzen so fix eingearbeitet haben, dass wir während der Haushaltsverhandlungen stets über aktuelle Auflistungen verfügten.

Die per Dringlichkeitsantrag für die heutige Stadtratssitzung in die Tagesordnung aufgenommene Verabschiedung des Haushalts möchte ich insoweit nicht unkommentiert lassen, dass wir dankbar gewesen wären, wenn wir für die Überprüfung der endgültigen, insgesamt 124seitigen Liste des Änderungsverzeichnisses zum Entwurf des Haushaltsplanes mehr Zeit gehabt hätten.

Aber jetzt zum Haushalt selbst:

Ursprünglich erschien uns der als ausgeglichen vorgelegte Haushalt in sich schlüssig und angesichts der vorhandenen Haushaltsmittel die städtischen Belange und die berechtigten Erwartungen der Augsburger Bürger ausgewogen darstellend. Ein Indiz dafür war auch die Empörung von CSU und Pro Augsburg, der amtierenden Stadtregierung, gegenüber dem Kämmerer, dass ihre Wünsche in diesem Haushalt nicht eingearbeitet wären und selbstverständlich während der Haushaltsverhandlungen als Forderung eingebracht würden. Dass sich SPD, Grüne und Linke ebenfalls nicht hinreichend dargestellt sahen, erwähne ich als eine Selbstverständlichkeit, eigentlich nur der Form halber. War zwar die Einnahmensituation mit 92 Mio. Euro Sonderschlüsselzuweisung angesichts der Zahlen in den Vorjahren durchaus mutig eingeschätzt, wäre im Grunde gegen diesen Entwurf nichts Gravierendes einzuwenden gewesen.

In den Haushaltsverhandlungen hat sich dieses drastisch geändert. Der Wunsch der Stadtregierung wurde evident, neben ihren eigenen kostspieligen Zusatzforderungen auch die Grünen, die SPD und die Linken für eine Zustimmung zum Haushalt 2014 mit ins Boot zu nehmen, koste es, was es wolle.

Die Seriosität des finanziellen Abgleichs rückte damit zunehmend in den Hintergrund, denn die zusätzlichen Forderungen von SPD, Grünen und Linken waren nicht haushalterisch zum Nulltarif einzulösen. Kürzung von nicht unbedingt erforderlichen Ausgaben bzw. womöglich Schuldentilgungen waren sowieso Tabuthemen, jetzt so kurz vor der Kommunalwahl!

Dies hatte erkennbar Konsequenzen:
Plötzlich wurde die Einnahmesituation Sonderschlüsselzuweisungen – ohne dass es hierfür eine nachvollziehbare Begründung gegeben hätte – von 92 Mio. Euro auf 95 Mio. Euro erhöht. Wenn dies aufgrund einer Information des CSU Staatssekretärs aus dem Finanzministerium Herrn Stadtratskollegen Johannes Hintersberger passiert wäre, hätte man ja vielleicht noch über die Seriosität der Erhöhung dieses Einnahmeansatzes reden können.

Nachdem aber die CSU Fraktion sich beeilte, klarzustellen, dass dieser Erhöhungsansatz auf ihrer bloßen Vermutung – um nicht zu sagen bloßen Hoffnung – beruhte, könnte man bössartiger Weise schlichtweg von einem „Luftbuchung“ sprechen. Warum war die CSU eigentlich so zurückhaltend: Sie hätte doch gleich statt nur 3 Mio. – 5 Mio. oder gar eine Erhöhung auf den Ansatz des Jahres 2012 (112 Mio. Euro) vorschlagen können? Das hätte in etwa den gleichen Wahrscheinlichkeitsansatz wie jetzt beinhaltet und hätte uns eine Menge Diskussionen erspart.

Denn mit diesen 3 Mio. € war es leider nicht genug: Die pauschale Erhöhung des Einnahmeansatzes aus der Grunderwerbsteuer um 1,5 Mio. € klingt gut, ist aber nicht realistisch. Zumindest liegen uns keine entsprechenden Erkenntnisse aus dem Haushaltsjahr 2013 vor, welche die Erhöhung dieses Ansatzes rechtfertigen. Und die weiteren Einnahmehoffnungen aus Grundstücksveräußerungen sind ebenfalls keinesfalls in sicheren Tüchern.

Im Stadtrat ist die Veräußerung des Anwesens Fuggerstraße 12 bislang überhaupt nicht thematisiert worden, die hierfür veranschlagten 2,5 Mio. Einnahmen sind somit

erneut ein schlichter Hoffnungsansatz, dem es einstweilen an einer Grundlage gebricht. Wir Freien Wähler werden uns gegen einen Verkauf dieses Gebäudes mitten im Fuggerboulevard massiv aussprechen. Es kann nicht angehen, dass die Stadtregierung entweder wieder einmal ein städtisches Grundstück an einen privaten Investor verkauft oder die WBG wieder einmal dazu missbraucht, mit einem Grundstücksdeal außerhalb ihres eigentlichen Aufgabenbereiches tätig zu werden. Oder nimmt ernsthaft jemand an, dass die WBG bei dem ihr von der SPD vorgeschlagenen Gebäudeerwerb dort Sozialwohnungen einrichten möchte? Eigentlich müsste es doch klar sein, dass die Stadt eine derartige Immobilie in extrem guter Lage für ihre eigenen Belange verwenden muss.

Eine zweite Veräußerung soll weitere 2,2 Mio. € Einnahmen bringen. Die CSU Fraktion schlug als Deckungsvorschlag den Verkauf der Spicherer Schule in Pfersee vor. Und auch hier ist in den städtischen Gremien ein derartiges Grundstücksgeschäft überhaupt nicht angedacht, geschweige denn beschlossen worden.

Zumindest war der Kämmerer seriös genug, eventuelle Grundstückserlöse aus der Ansiedlung von Decathlon auf städtischen Grundstücken nicht in seine Deckungsvorschläge aufzunehmen.

Und warum das alles?

Im Grunde sind die zusätzlich in den Haushalt eingebauten Anliegen der Stadtregierung und der Kollegen von SPD, Grünen und Linken durchaus vertretbare Haushaltsforderungen, die bei einer stabilen Haushaltssituation und seriösen Einnahmeschätzungen oder seriösen Deckungs-

sprich Streichvorschlägen nicht zu beanstanden wären.
Dies ist aber nicht der Fall.

Wir können leicht errechnen, dass die erhöhten Schlüsselzuweisungen (3 Mio. €), der erhöhte Grunderwerbsteuereinsatz (1,5 Mio. €), die Veräußerung der Fuggerstraße 12 (2,5 Mio. €) und die Veräußerung der Spicherer Schule (2,2 Mio. €) in der Summe 9,2 Mio. € ergeben, welche wir nur als einen durch nichts begründeten Hoffnungseinnahmeansatz ansehen können.

Wir Freien Wähler sorgen uns um die finanzielle Stabilität der Stadt Augsburg. Eine derartige Mehrbelastung des Haushalts 2014 ist in keinsten Weise gerechtfertigt. Die entsprechende Erhöhung des Haushaltes durch die Stadtregierung hat einzig und allein den Zweck, im Kommunalwahlkampf nur eine abgeschwächte politische Auseinandersetzung mit der sogenannten Opposition führen zu müssen.

Die Stadtregierung verwaltet in erster Linie den Status Quo und stockt die städtischen Ausgaben kräftig auf, ohne dass die Finanzierung der schönen Wahlversprechen hinlänglich gesichert wäre.

Und dann wird es wieder einmal nach der Kommunalwahl heißen:

1. Wir müssen erst mal einen Kassensturz machen!
2. Oh, wie überraschend: Wir stehen finanziell ja schlechter da als gedacht!
3. Leider können wir die im Wahlkampf gemachten Versprechen, sei es Sozialticket, seien es Schul- oder Sportstättenanierungen usw. doch nicht einhalten.
So was von schade!

Der Wähler wird es schon vergessen haben bis zur nächsten Wahl!

Und sollte die Umsetzung wider jegliche Erwartung doch kommen, wer wird dann die Lasten zu tragen haben? Wir Bürger der Stadt Augsburg, und ganz besonders unsere Kinder, die vom aktuellen Haushalt am wenigsten profitieren und dafür später die Rechnung zu zahlen haben

Es ist nur schlüssig, wenn wir das derart leicht zu durchschauende Spiel der Stadtregierung beim Haushalt 2014 nicht mitmachen werden.

Wir werden deshalb den Haushalt 2014 in der vorgelegten Fassung ablehnen.